

sind vollständig selbständige und von der politischen Arbeiterbewegung durchaus unabhängige Organisationen, die sich bei ihren Entscheidungen über ihre Geschichte von keiner Seite beeinflussen lassen. Sie verlangen von keinem ihrer Mitglieder ein politisches oder religiöses Glaubensbekenntnis, üben in dieser Richtung auf niemanden einen Druck aus und stehen jedem die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes begreifenden Arbeiter offen, sind also im vollsten Umfange neutral, im Gegensatz zu den christlichen Gewerkschaften, die Freidenker und Sozialdemokraten ausdrücklich ausschließen. Wenn die freien Gewerkschaften ihre Mitglieder über die Verdienste der Sozialdemokratie aufklären und in durchaus legaler Weise und ohne jeden Zwang zur Unterstützung der politischen Arbeiterbewegung auffordern, so deshalb, weil dadurch vor allen Dingen die Interessen der Gewerkschaften selbst und ihrer Mitglieder auf politischem Gebiet am nachdrücklichsten vertreten werden. Denn nur die Sozialdemokratie nimmt politisch die Interessen der Arbeiterschaft wahr, wie täglich neue Beispiele zeigen, was z. B. von der Zentrums-Partei, unter deren Fuchtel die christlichen Gewerkschaften stehen, eben nicht gesagt werden kann. Im Gegenteil, diese tritt die Arbeiterinteressen bei jeder Gelegenheit mit Füßen, wie die Reichsfinanzreform, die preußische Wahlrechtsbewegung und die gesamte übrige Tätigkeit im Reichstag und in den Parlamenten der Einzelstaaten fast täglich ausweist. Mit diesem Argument kann also der zentrumschristliche »Graphische Zentralverband« keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken.

In dem Artikel der »Graphischen Stimmen« sucht er aber ferner den Organisationsvertrag, der zwischen dem »Bunde Chemigraphischer Anstalten« und der Gruppe der Chemigraphen und Kupferdrucker unseres Verbandes abgeschlossen wurde und der Tarifgemeinschaft in diesem Gewerbe als fester Stützpunkt dient, gegen uns auszuspielen. Wir gehen vielleicht gelegentlich auf das verworrene Geschreibsel noch einmal etwas ausführlicher ein. Im Rahmen des heutigen Artikels genügt es, darauf hinzuweisen, daß der »geniale Gaunerstreich«, wie der Organisationsvertrag von den frommen »Graphischen Stimmen« genannt wird, das Chemigraphiegewerbe der Gesundung entgegenführte, zur Hebung der Lage der Gehilfenschaft ganz bedeutend beitrug und — was wohl die Hauptsache ist! — dabei keinem Kollegen Schäden oder Nachteile gebracht hat. Wie den organisierten Kollegen die organisierten Betriebe, so stehen den nichtorganisierten Gehilfen die nichtorganisierten Anstalten offen. Wer auch in organisierten Firmen zugelassen werden will, kann sich, auch wenn er streng christlich ist, dieses Recht durch den Anschluß an unsern Verband sichern, der ja, wie gezeigt wurde, im Gegensatz zu den Zentrums-Gewerkschaften keinerlei religiösen oder politischen Gewissenszwang ausübt. Aber trotz des Organisationsvertrags hat unser Verband außerdem in München gegen die Beschäftigung der wenigen christlich organisierten Kupferdrucker keinerlei Einspruch erhoben; und christlich organisierte Chemigraphen gibt es ja, wie die »Graphischen Stimmen« in ihrer Nummer vom 17. Juli 1909 selbst versicherten, nicht. Ihre der Tarifgemeinschaft unterschobene Devise: »Entweder rot, oder kein Brot!« ist also nichts als eine hohle Phrase, die vielleicht einem Einfallspinsel mit verkleistertem Hirn, nicht aber einem klarblickenden Arbeiter imponieren kann.

Als weiteren Köder (der Verfasser des Artikels sagt natürlich »Köder«) suchen die »Graphischen Stimmen« die Unterstützungseinrichtungen ihres Verbandes zu benutzen. Dabei spielt man den billigen Jakob, indem man betont, daß der Beitrag bei den »Christen« nur wöchentlich 1 Mk. oder jährlich 52 Mk. betrüge, während von uns wöchentlich 1,50 Mk. oder jährlich 78 Mk. erhoben würden. Daß der Extrabeitrag von 20 Pf. wöchentlich, der bei uns zur Stärkung des Kampffonds erhoben wird, am

31. März 1911 abläuft und der reguläre Beitrag mithin nur 1,30 Mk. wöchentlich oder 67,60 Mk. jährlich beträgt, verschweigt man dabei aus christlicher Wahrheitsliebe. Für die 30 Pf., die bei uns wöchentlich mehr erhoben werden wie im zentrumschristlichen Zentralverband, sind bei uns folgende Unterstützungen eingeführt, die das Verbändchen nicht hat: Umzugsunterstützung, Unterstützung bei militärischen Nachübungen, Invalidenterstützung und Witwenunterstützung. Daß bei uns beabsichtigt sei, die Invalidenterstützung zu lassen, ist eine Behauptung der »Graphischen Stimmen«, für deren Richtigkeit sie den Beweis schuldig bleiben und die sich daher selbst als eine böswillige Verleumdung charakterisiert. Jedenfalls geht aber aus unseren Angaben hervor, daß sich unsre Mitglieder durch die kleine Beitragsmehrausgabe Rechte sichern, die weit über die vom christlichen Verbändchen gewährten hinausgehen. Das zeigen auch die Aufwendungen für Unterstützungen, die im »Graphischen Zentralverband« im Jahre 1909 ganze 10252,42 Mk. in unserer Organisation aber 876271,01 Mk. betragen. Das christliche Verbändchen hat gegen 160000 Mk. Vermögen, unsre Organisation aber rund 800000 Mk. Schon diese Ziffern zeigen auch dem Blinden, daß die christliche Miniaturorganisation in bezug auf Leistungsfähigkeit mit unserm Verband gar nicht zu vergleichen ist. Auch mit diesem Argument wird also der »Graphische Zentralverband« kaum ein paar Indifferente und Dumme zu gewinnen vermögen; intelligente klarblickende Kollegen bleiben ihm schon an und für sich fern.

Denn diese wissen eben, daß die Interessen der Gehilfenschaft nur in einer geschlossenen, starken Organisation, die sich die deutsche Kollegenchaft im Laufe der Jahre in unserem Verbandsverbande geschaffen hat, wahrgenommen werden können, während die gelben und christlichen Organisationszersplitterer nur das Wasser auf die Mühlen der Unternehmer zu leiten suchen. Daß ihnen dieses saubere Handwerk, das nichts anderes als Verrat an den Interessen der Gehilfenschaft und die Wahrnehmung der Interessen des Unternehmertums in unserem Gewerbe ist, auch in bezug auf die Nichtorganisierten und noch Abseitsstehenden gelegt wird, wird die Aufgabe aller Mitglieder unseres Verbandes sein. Bei ihrer vollen Erfüllung wird die gegen die Macht und Stärke der Gehilfenschaft gerichtete Wählerarbeit der gelben und christlichen Maulwürfe vergeblich bleiben.

Rundschau.

Streikarbeit und gute Sitten. Das unter dieser Überschrift in der vorigen Nummer der »Gr. Pr.« behandelte Urteil des Hanoverschen Gewerbegerichts, das den Entschädigungsanspruch eines wegen Verweigerung von Streikarbeit sofort entlassenen Buchdruckerei-Hilfsarbeiters anerkannte, wird auch in der neuen Nummer des Schutzverbandsorgans besprochen. Natürlich paßt das gerechte und verständige Urteil dem »Deutschen Stein-druckgewerbe« ganz und gar nicht in den Kram, trotzdem es mitteilen muß, daß sich der Spruch des Gewerbegerichts mit der Entscheidung des paritätischen Tarifschiedsgerichts durchaus deckt, der sich die Firma nicht unterwarf, weshalb die Sache an das Gewerbegericht weiterging. Die Nichtachtung des Schiedspruchs einer paritätischen Tarifkanz durch das Schutzverbandsorgan läßt jedenfalls wertvolle Schlüsse auf die Vertragstüchtigkeit der Leute zu, die hinter dem »Deutschen Stein-druckgewerbe« stehen. Doch das nur nebenbei. Das Schönste an dem Artikel des Unternehmerblattes ist der Schluß: »Besonders bemerkenswert ist, wie die »Papier-Zeitung« mitteilt, daß von den vier Beisitzern des Gewerbegerichts die beiden Arbeitnehmerbeisitzer freie Gewerkschaftler waren und einer der beiden Arbeitgeberbeisitzer seine Wahl den freien Gewerkschaften verdankt. Besser als diese Zusammensetzung des Gerichtshofes kann ein derartig unbegreiflicher Urteilsspruch nicht charakterisiert werden.« Besser als durch diesen hinterhältigen Angriff auf das Gewerbegericht und die Unparteilichkeit der Beisitzer, möchten wir hinzufügen, kann der »vornehme Ton« des Unternehmerblattes, das sich uns gegenüber stets als die biedere Anstandstante geriert und mit heuchlerischem Augenaufschlag über den »Sauerherdenton der Gewerkschaftspresse« jammert, nicht gekennzeichnet werden. Ein offenes, kräftiges Wort kann aber jedenfalls gar nicht in Parallele gestellt werden

mit den in glatte Worte gekleideten Verdächtigungen in diesem Unternehmerblatte, die schließlich nicht nur die Gewerbegerichtsbeisitzer, sondern auch die tariflichen Schiedsrichter beider Parteien aufs schwerste beleidigen; denn deren Spruch stimmte ja mit dem des Gewerbegerichts vollständig überein.

Der »Papier-Zeitung«, die sich zuerst zu der zitierten »Charakterisierung« der Gewerbegerichtsbeisitzer bemühtig fühlte, schreibt der Buchdrucker-Korrespondent folgende treffenden Worte ins Stammbuch: »Da wir annehmen, daß der Schreiber dieser Verdächtigung noch nie in Arbeiterschuh gesteckt hat, sondern seine eigenen Erfahrungen nur im Unternehmerlager geschöpft haben kann, so ist diese »Charakterisierung« der Gerichtsbeisitzer für ihn sehr bezeichnend. Denn bekanntlich sucht man niemand in einem Winkel, in dem man nicht selbst schon gesteckt hat.« Das kann sich neben der »Papier-Zeitung« auch noch das Organ der Steindruckunternehmer hinter die Ohren schreiben.

Gewerbegerichtliche Fehlurteile. Unter dieser Spitzmarke schreibt der »Korr.« zutreffend: Ein Steindruckwerk wurde von einer Hamburger Firma unter Verheimlichung der Tatsache, daß bei ihr gestreikt wird, eingestellt. Am Abende des ersten Arbeitstags hörte der Steindruckwerk auf, nachdem er von dem Streik Kenntnis erhalten hatte, und forderte seinen Lohn für diesen Tag und außerdem als Schadenersatz einen Wochenlohn. Da ihm dies verweigert wurde, klagte er vor dem Gewerbegericht. Das Gericht wies ihn jedoch kostenpflichtig ab. Der § 124 der Gewerbeordnung wurde dafür als maßgebend bezeichnet und das Vorhandensein eines Ausstands nicht als ein Grund anerkannt, der dem Arbeiter die Rechte dieses Paragraphen gewährte. Nun heißt es aber doch in dem betreffenden Paragraphen u. a., daß vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit ein Arbeiter die Arbeit niederlegen kann, wenn ihn der Arbeitgeber oder sein Vertreter zu Handlungen verleitet oder zu verleiten sucht, die gegen die guten Sitten verstoßen. Da nun bei der erdrückenden Mehrzahl der deutschen Arbeiterschaft die Streikbrecherei als eine der ehrlosesten Handlungen beurteilt wird und überdies die hier in Frage kommende Firma den Arbeiter bezüglich des Streiks mit Absicht im unklaren gelassen hat, so liegt auch eine arglistige Täuschung vor, die neben der Verleitung zu einer gegen die guten Sitten verstoßenden Handlung eine andere Entscheidung des Gewerbegerichts unbedeutend hätte herbeiführen müssen. Denn wenn schon die meisten der heutigen öffentlichen Arbeitsnachweise es als selbstverständlich betrachten, daß sie die Arbeitssuchenden bei Zuweisung von offenen Stellen auf etwaige Streiks aufmerksam machen, so sollte man von einem Gewerbegericht nicht erwarten, daß es diese wichtige Frage mit einfacher Berufung auf den § 124 der Gewerbeordnung ganz außer Betracht läßt. Eine solche Rechtsprechung kann auf Objektivität keinen Anspruch erheben.

Kunstfreunde. In Neurowe i. Schl. sollten auf Veranlassung der dortigen Mitgliedenschaft unseres Verbandes »Der Pfarrer von Kirchfeld« von Anzengruber und Max Halbes »Jugend« zur Aufführung kommen. Da ein bürgermeisterliches Verbot der Aufführung vom Landrat aufgehoben wurde, setzten die Finsterlinge alles in Bewegung, um die Aufführung zu verhindern. Von der Kanzel und in Versammlungen wurde mit dem Erfolg gegen den Wirt, der das Lokal zur Verfügung stellen sollte, gearbeitet, daß der Wirt seine Zusage schließlich zurückzog. Ganz offen wurde der Boykott angedroht, so daß sich keiner der übrigen Lokalbesitzer getraute, seinen Saal herzugeben. Als es endlich gelang, einen Saal in einem Vororte zu erhalten, wurde hier wieder vom Amtsvorsteher und -ogar vom Landrat, der die Aufführung in der Stadt gestatten wollte, die Genehmigung versagt. Belde wurden aber vom Regierungspräsidenten eines anderen belehrt. Die Vorstellungen finden nun doch statt, wenn auch nicht in der Stadt, so doch in deren unmittelbarer Nähe.

Zur Reorganisation der Tiag. Die Generalversammlung einer Unterabteilung der Tiag, und zwar der *Papier- und Tapetenfabrik Bammenthal Akt.-Ges. in Liq.*, hat bereits der schon mehrfach erwähnten Reorganisation des Tapeten-trusts zugestimmt. Man ist sich, wie der Verlauf dieser Versammlung darzutun scheint, innerhalb der Tiag schon einig, und die mit so großer Spannung erwartete Generalversammlung des Tapeten-trusts dürfte mit der glatten Genehmigung aller Anträge enden. Auch die Verwaltungsmitglieder werden sich vermutlich dieser Entscheidung fügen, wenn sie möglicherweise auch versuchen werden, für die Aufgabe ihrer dissentierenden Meinung etwas Besonderes im Interesse ihrer eigenen Werke he auszuschielen. Daß mit derartigen Sonderforderungen wenigstens in den Kreisen der übrigen Tiag-Werke gerechnet wird, ist daraus zu entnehmen, daß den Vertretern für die Tiag-Generalversammlung von der Generalversammlung der Bammenthaler Fabrik aufgetragen wurde, dafür zu sorgen, daß namentlich die Firmen Hinderer, Thomas & Co. und Engelhard & Schluh nicht besser gestellt würden als die anderen Werke, wobei zu bemerken ist, daß Herr Thomas Generaldirektor und Engelhard Aufsichtsratsvorsitzender der Tiag ist. **Die Gewerkschaftsarbeit im Jahre 1910** wird im *Korrespondenzblatt der Generalkommission*

Verhandlungsabschluß mit der Stadt Berlin zu kommen hofft und daß beträchtliche Posten ihrer Aktien sich in den Händen der genannten Gesellschaft befinden. Es dürfte kaum eine andere Industrie geben, die von den verschiedensten Vorgängen auf allen möglichen Gebieten so vorteilhaft berührt wird wie die Elektrotechnik.

Eine gewisse Ähnlichkeit bietet die Seeschiffahrt, da das Wachstum der Ozeantransporte ein Hauptkennzeichen der ganzen modernsten kapitalistischen Entwicklung bildet. Nur schlagen die kritischen Zeiten der kapitalistischen Wirtschaft recht oft auch mit verdoppelter Wucht auf die Rhederei zurück. 1910 war, in Deutschland wie in England, bereits wieder ein gutes Jahr. Für die Seeschiffahrt, heißt es in dem Jahresbericht der Hamburger Handelskammer, hat die Belegung des Verkehrs im Laufe des Berichtsjahres, wie schon erwähnt, im ganzen entschieden eine Besserung der Verhältnisse gebracht. Die Linienschiffahrt wenigstens, der ja der bei weitem größte Teil der hamburgischen Schiffsräume zuzurechnen ist, dürfte auf fast allen Routen mit Befriedigung auf die Gestaltung des Frachtgeschäftes zurücksehen können, abgesehen nur von einzelnen Verkehrsbeziehungen, wie z. B. dem Frachtverkehr vom La Plata her, der dauernd unter der großen Konkurrenz mit den dort heimfrachten suchenden, mit Kohlenladungen hinausgegangenen Dampfern in freier Fahrt leidet. Auch der Personenverkehr erreichte sowohl im nordamerikanischen wie im südamerikanischen Verkehr einen erfreulichen Umfang. Gegen den internationalen Schiffsfahrtsring, der besonders die Konkurrenz in der Zwischendecksüberfahrt nach den Vereinigten Staaten regelte, soll nun aber, nach neueren Nachrichten, ein Verfahren vor amerikanischen Gerichten anhängig gemacht worden sein. Ganz klar lauten die Mitteilungen darüber jedoch keineswegs. Nach allen bisherigen Erfahrungen mit den amerikanischen Trustprozessen ist es wenig wahrscheinlich, daß die großen Rhedereien viel zu fürchten hätten.

Nach Max Schippels »Wirtschaftl. Rundschau«.

Die nationale Frage und die Arbeiterschaft.

Unsere Volksvertretung, der deutsche Reichstag wird sich im kommenden Jahre mit einem neuen Militärgesetze zu beschäftigen haben; das Gesetz von 1906 — das sogenannte Quinquennatgesetz, weil es eine Zeitspanne von 5 Jahren umfaßt — geht seinem Ende entgegen. In früheren Jahren regelten sogen. Septennate (Gesetze mit 7jähriger Gültigkeit) die Militäraufgaben, obwohl eigentlich laut Verfassung eine jährliche Festsetzung der Ausgaben für Heer und Marine vorgeschrieben ist. Die Militärausgaben im kommenden Winter werden voraussichtlich aus Angst vor den Wahlen nur eine kleine Erhöhung erfahren; um so sicherer ist mit beträchtlichen Mehrforderungen nach den Wahlkämpfen zu rechnen. Die Regierung hat dabei ein leichtes Spiel, denn sämtliche bürgerlichen Parteien sind in das Heer der Bewilliger für Armee und Flotte einmarschiert und nur die deutsche Sozialdemokratie verbarriert auf ihrem ablehnenden Standpunkte. Verleumdung über Verleumdung muß sie deshalb über sich ergehen lassen.

Auch im Volke herrscht noch viel Unklarheit über die Stellung der Partei zur nationalen Frage. Der nationalliberale Abgeordnete Bassermann hatte darum so unrecht nicht, als er erklärte: »Für die bürgerlichen Parteien ist es nur günstig, wenn nationale Fragen in den Parlamenten zur Erledigung kommen, weil schwieriger ist es, wenn soziale Fragen die Wahlparole bilden.« Tatsächlich hat denn auch die Reaktion, wenn sie in Verlegenheit war, immer die nationale Lösung ausgegeben und mit dem Erfolge konnte sie meist zufrieden sein. Erinnerung sei an den Boulangerrummel von 1887 und an die Hottentottenwahl 1907. Eine Aufklärung über das Wesen der nationalen Frage ist darum dringend notwendig, umso mehr, als gerade in dieser Frage die Sozialdemokratie am allermeisten verleumdet wird. Die nationalen Parteien spielen sich als Hüter des Staates auf, der Sozialdemokratie wird jedes Verständnis für nationale Fragen abgestritten.

Was haben wir unter Nation zu verstehen? Das Wort deutet auf eine gemeinsame Abstammung einer Volksmenge. Einzelne Nationen bildeten sich im frühen Mittelalter. Als Hauptmomente kamen dabei in Betracht: gemeinsame Sprache, Abstammung und Wohnplätze. Den Nationalstaat kannte man früher nicht, er wurde erst möglich durch grundlegende Ereignisse der neuen Geschichtsperiode. Kautsky sagt mit Recht: »Im Mittelalter bestand der Staat aus Kantonen, die sich selbst verwalteten und nur ein dünner Faden verband diese Markgenossenschaften.« Erst in der kapitalistischen Gesellschaft bildete sich der Zentralstaat. Die Kaufleute und Industriellen benötigten zur Ausdehnung ihrer Betriebe einheitliche Gesetze, Maße und Gewichte, Aufhebung der Zollschranken, ein einheitliches Gewerberecht usw. England und Frankreich, die zwei schon viel früher als Deutschland mit dem Kapitalismus beglückten Länder, hatten deshalb den Zentralstaat schon im 17. Jahrhundert; Deutschland folgte erst in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts mit dem Einheitsstaate. Lag die Schaffung des Einheitsstaates in erster Linie im Interesse des

Bürgertums, so hatte doch sonst der Handwerks-geselle, der Arbeiter davon wesentliche Vorteile, auch für ihn war die Beseitigung der elenden Klein-staaterei nötig. Das Freizügigkeitsgesetz, das Niederlassungsrecht und einige andere wesentliche Freiheiten konnten nur durch den Einheitsstaat erreicht werden. Der Einheitsstaat war in den 40er Jahren des vergangenen Jahrhunderts die Lösung der deutschen Demokratie. Der Kampf des Bürgertums von 1848: »Freiheit und Einheit!« bedeutete Schaffung eines einheitlichen Reiches. Die Erringung dieses Zieles blieb dem Bürgertum 1848 leider versagt. Die Bewegung fiel in die Hände des Junkertums und damit Bismarcks. Unter seiner Führung wurde mit Blut und Eisen der deutsche »Einheitsstaat« gebildet, so reaktionär wie möglich, mit seinen partikularistischen Eigenheiten und seiner Ausschließung alles dessen, was Freiheit heißt.

Die Sozialdemokratie sucht die geschichtlichen Notwendigkeiten zu begreifen, sie würdigt sonst vollkommen den Wert des Nationalstaates. Kautsky sei auch hier angeführt: »Der Nationalstaat ist das Produkt der sozialen Entwicklung. Er ist notwendig für die heutige Gesellschaft.« Die Vorwürfe des Bürgertums, die Sozialdemokratie sei antinational, sind deshalb Unsinn; die Sozialdemokratie hat stets das wärmste Interesse erklärt für Kultur und Einheit des deutschen Volkes. Stets hat sie betont, daß sich keine Nation unterjochen lassen darf von anderen, besonders von barbarischen Nationen.

Von Nichtverständnis der nationalen Frage kann deshalb bei der Sozialdemokratie keine Rede sein, aber gerade deshalb protestiert sie gegen die sogenannte nationale Politik der Gegner. Diese Politik hat keinen Anspruch auf die Bezeichnung »national«. Zahlreiche Gründe zwingen die Sozialdemokratie zur Bekämpfung der bürgerlichen Politik. Die sogenannte nationale Politik des Bürgertums ist eine Angriffspolitik (Agressivpolitik). Sie bezweckt nicht nur den Schutz Deutschlands gegen Angriffe von außen, sondern sie bedroht andere Staaten. Schwere Lasten, gewaltige Rüstungen sind dazu erforderlich. Warum tut das das Bürgertum? Wir stehen zum Teil noch unter den Folgen des Krieges 1870/71. Die Haltung der damaligen sozialdemokratischen Abgeordneten Bebel und Liebknecht wird der Arbeiterschaft noch oft vorgeworfen. Sie bildet noch heute einen Hauptgegenstand der bürgerlichen Wahlflugblätter. Bebel und Liebknecht enthielten sich der Abstimmung über die Geldforderungen zur Einleitung des Krieges. Bebel erklärte: »Wir bewilligen Preußen kein Geld, weil es durch den Bruderkrieg von 1866 den jetzigen Krieg erst hervorgerufen hat, wir stimmen aber auch nicht gegen die Forderung, weil auch Napoleon Angriffspolitik trieb.« Das Wallenglück heftete sich an Deutschland, der französische Kaiser dankte ab und im November 1870 kam die Regierung mit neuen Forderungen. Bebel und Liebknecht stimmten dagegen. Sie erklärten: Der französische Kaiser ist geschlagen, der Krieg geht nunmehr gegen das französische Volk. Sie forderten Friedensschluß ohne Annexion und sagten voraus, wenn Annexionen französischer Landestteile vorgenommen werden, müsse eine verhängnisvolle unkulturelle Entwicklung entstehen. Ein bewaffnetes Heerlager aller Nationen müsse die Folge sein. Diese Prophezeiung ist über alles Erwarten eingetroffen. Seit 1870 erst ist der gewaltige Rüstungswettlauf zu verzeichnen. Die heutigen Rüstungszustände werden noch beeinflusst durch die damalige unvernünftige Politik. Dazu sind neue Ursachen getreten. Vor 1870 trieb man nur europäische Politik. Eine grandiose Weltpolitik hat diese abgelöst. Ostasien ist in den Bereich des Interesses getreten. Der Kampf um die Kolonien spielt eine gewaltige Rolle. Die kapitalistische Entwicklung in allen Staaten erweckt ein reges Exportbedürfnis. Teilweise können die Industrien durch einheimischen Absatz nicht existieren. Andere Industrien brauchen Kolonien zum Bezuge von Rohmaterialien. Die Konkurrenz zwischen dem Industrie- und Handelskapital der verschiedenen Länder wächst von Jahr zu Jahr. Im Interesse seiner Kapitalisten sucht ein Staat den anderen zu übertrumpfen. Die Reibungsflächen zwischen den verschiedenen Staaten müssen wachsen. Der zunehmende Gegensatz zwischen England und Deutschland ist nur dadurch zu erklären. Die Gegensätze spitzen sich zu. Die Bourgeoisie muß in ihrem Interesse Eroberungspolitik treiben. In Europa gibt es nichts mehr zu annektieren, man wendet sich nach Asien und Afrika.

Auch die Schutzollpolitik hängt mit dieser wirtschaftlichen Lage eng zusammen. Die Staaten schließen sich gegenseitig ab und das gegenseitige Verhältnis erklärt auch dadurch eine Zuspitzung. Die nationale Politik des Bürgertums (Rüstungs-, Kolonial- und Schutzollpolitik) ist, wie aus obigem ersichtlich, zu erklären aus der heutigen Wirtschaftslage.

Die Thronrede, mit der am 10. Januar d. J. durch Herrn v. Bethmann-Hollweg der preussische Landtag eröffnet wurde, erwähnt kein Wort von der Wahlrechtsreform. Die Erwartungen der in die dritte Wählerklasse eingepferchten preussischen Bevölkerung sind abermals betrogen, auch die bevorstehende Landtagssession wird die längst verheißene Reform nicht bringen. Anstatt der Hoffnung wird nun eine wachsende Erbitterung in diesen Massen Platz greifen, die sich dauernd von dem ihnen gebührenden Einflusse auf die Gesetzgebung ausgeschlossen sehen, und diese Erbitterung wird sich nur schwer in den Formen legaler Kundgebungen zügeln lassen.

Noch vor wenigen Monaten versicherten anscheinend offiziös inspirierte Preßmitteilungen, daß die nächste preussische Wahlrechtsreform an der Klasseneinteilung des Wahlrechts festhalten, aber das geheime und direkte Wahlrecht bringen werde. Ueber den Zeitpunkt sei noch nichts entschieden. Daraus konnte man immerhin entnehmen, daß die preussische Regierung das Aussichtslose, dem Volke ein zeitgemäßes Wahlrecht auf die Dauer vorzuenthalten, erkannt hat und sich bemüht zeigt, die Öffentlichkeit mit dieser historischen Notwendigkeit vertraut zu machen, um etwaige reaktionäre Widerstände zu entwerfen. Freilich stand damit keineswegs fest, daß schon die folgende Landtagssession eine neue Regierungsvorlage bringen werde, zumal Herr v. Bethmann-Hollweg wohl auch der Aller-ungeeignetste wäre, die preussischen Junker und Pfaffen zu Paaren zu treiben. Aber selbst wenn die Situation für einen neuen Gesetzentwurf noch verfrüht wäre, so mußte doch die Thronrede auf die Notwendigkeit einer solchen Reform hinweisen und die gesetzgebenden Körperschaften mit deren späteren Wiederaufnahme vertraut machen. Denn es handelt sich um ein seither unerfülltes Versprechen der Regierung und des Königs, und es macht nicht den Eindruck, daß es der Regierung mit der Erfüllung dieses Versprechens ernst sei, wenn die neue Thronrede sich über diese Angelegenheit ausschweigt. Es war einfache Anstandspflicht der Regierung, dafür zu sorgen, daß die Thronrede in dieser Beziehung Klarheit vor dem Lande schaffe. Denn nur ein fortschrittliches, klares, festes Regierungsprogramm kann in dieser Frage eine ruhige, erfolgreich verheißende Entwicklung verbürgen. Selbstverständlich gehört dazu auch soviel Zeit, um die beiden Häuser des Landtags für eine volkstümliche Reform zu gewinnen — in erster Linie aber verlangt ein solches Werk auch den Mut der Konsequenz, der unerschütterlich auf der Einlösung des gegebenen Ehrenwortes besteht, und den festen Willen, den Kampf für dieses Ziel mit jeder Landtagsmehrheit aufzunehmen.

Das Schweigen der Thronrede zeugt nicht von alledem und ist daher von der übelsten Vorbedeutung. Es bekundet, daß die Regierung nicht den Mut findet, sich in diesem wichtigen Moment, wo das ganze preussische Volk auf das rechte Wort von ihrer Seite wartet, auf ihr Versprechen am 20. Oktober 1908 zu besinnen und dem um sein Wahlrecht kämpfenden Volk neue Hoffnungen zu machen. Die entrechteten Wählermassen können darin nur eine Preisgabe der Wahlreform erblicken, denn auch die Reaktionen begrüßen dieses Schweigen der Thronrede mit unverhohlener Genugtuung. Aber so leicht kommt die preussische Regierung über diese Dinge nicht hinweg. Mögen die Machtverhältnisse in den beiden Häusern des Landtages dank dem Dreiklassenwahlsystem einer volkstümlichen Reform Schwierigkeiten bereiten — die Machtverhältnisse des preussischen Volkes sind schließlich doch die stärkeren. Schon die öffentlichen Kundgebungen, die sich naturgemäß an das verlegene Schweigen der Thronrede knüpfen, werden die Regierung zwingen, offen Stellung zu nehmen. Es zeugt also von wenig Klugheit, Kundgebungen erst zu provozieren, sich diese Stellungnahme erst aufzwingen zu lassen. Diese Volkskundgebungen sind natürlich nicht mit wohlfeilen Vertröstungen zu beruhigen und so wird der Zwang zu beschleunigtem Vorgehen viel stärker als vorm. Die Regierung gewinnt also mit ihrer Drückebergerei in keiner Weise etwas, weder Zeit, noch Aktionsfreiheit. Mit philosophischen Redensarten lassen sich diese Kundgebungen nicht aus der Welt schaffen, nur energische und ernste Reformarbeit kann hier noch helfen.

Aber hinter diesen spontanen Volkskundgebungen, die nur ein weltfremder, den realen Verhältnissen entrückter Philosoph ignorieren kann, steht eine sehr reelle und legitime Demonstration, die auch von der preussischen Regierung als erster Machtfaktor bewertet werden muß — die nächsten Reichstagswahlen. Wir können nichts sehnlicher wünschen, als daß dieser Wahlkampf im Zeichen des Wahlrechtskampfes geführt werde, denn wenn es neben der volksbelasteten und die Steuerschuld der Besitzenden bekundenden Reichsfinanzreform von 1909 noch eines unfehlbaren demokratischen Zugmittels für diese Wahlen bedürft hätte, so wäre dies die preussische Wahlrechtsfrage. Sie, die Millionen von Wählern des Reichs in ihren Gefühlen und Interessen berührt, wird auch die letzten Hoffnungen der Reaktionen zunichte machen. Und es kann nur Mitleid erwecken, wie der Mann, der die Geschäfte der preussischen Regierung leitet, unbekümmert um die tosende Hochflut, in seinem Sessel sitzt und seine professionalen Weisheiten verzapft. Als ob Reden jemals ein brandendes Meer beruhigen könnten. Wer die Zeit versäumt zu rechtem Handeln, den wird die Flut rettungslos verschlingen. Und Herrn von Bethmanns Tage sind in der Tat gezählt. Der Tag, der die Niederlage des schwarz-blauen Blocks der Junker und Pfaffen besiegelt, wird auch das Ende seiner Herrschaft im Reich und in Preußen sein.

Wo bleibt die preussische Wahlrechtsreform?

Die Thronrede, mit der am 10. Januar d. J. durch Herrn v. Bethmann-Hollweg der preussische Landtag eröffnet wurde, erwähnt kein Wort von der Wahlrechtsreform. Die Erwartungen der in die dritte Wählerklasse eingepferchten preussischen Bevölkerung sind abermals betrogen, auch die bevorstehende Landtagssession wird die längst verheißene Reform

Zweifel. Der kleine Befähigungsnachweis hätte also, obwohl er die Fabrikbetriebe nicht berührt, für unser Gewerbe doch eine wesentliche Bedeutung. Und gerade in den meisten dieser Betriebe, auf die sich das neue Gesetz erstreckt, wird erfahrungsgemäß die Lehrlingszuchterei am sorgsamsten gepflegt.

Nun steht es für uns fest, daß selbst diese sogenannten Handwerksbetriebe in unserm Gewerbe nicht mehr ausschließlich von Fachleuten geleitet werden. Nicht nur die großen, sondern auch viele kleine Druckereien haben an ihrer Spitze lediglich kaufmännische Spekulant. Sogar die Privatlithographen sind, was man eigentlich nicht für möglich halten sollte, nicht mehr das alleinige Unternehmungsgebiet von Fachleuten. Die Zeiten sind längst vorüber, wo sich nur ein außergewöhnlich tüchtiger Lithograph berufen fühlte, eine Privatlithographie zu errichten. Das kaufmännische Spekulantentum hat sich auch schon in diesem Zweige unsers Berufes eingemistet. So wurde zum Beispiel in Leipzig festgestellt, daß sich Brauereidirektoren, Klempnerunternehmer und sonstige Geldleute für befugt halten, ihre Gewinnsucht durch Betreibung einer Privatlithographie zu befriedigen. Und es ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß sich in der Zukunft noch mehr solche Ausbeutungswürter finden werden, die ihren Kapitalbesitz durch die Betreibung einer Privatlithographie zu verwerten suchen. Aber vielen dieser *fachfremden* Profitgeber in den verschiedenen Zweigen unsers graphischen Gewerbes könnten wir schließlich die Lehrlingsausbeutung unterbinden; denn unter diesen Spekulanten wird es so manchen geben, der nicht einmal die Anforderungen des kleinen Befähigungsnachweises, so gering auch diese sind, erfüllen kann. Für unsern Verband ist es daher eine dringende Pflicht, alle diese fachfremden Profitgeber in unserm Gewerbe, denen zur Lehrlingshaltung und -anleitung eine Befugnis nicht zusteht, ausfindig zu machen und gegen sie auf Grund des kleinen Befähigungsnachweises vorzugehen! Einen Erfolg müßte unbedingt dieses Vorgehen unsers Verbandes gegen die Lehrlingszuchterei bei allen den Inhabern von Handwerksbetrieben in unserm Gewerbe haben, die keine Meisterprüfung ablegen können, weil sie keinen Beruf erlernt haben und die einen *Meistergesellen* zu ihrer Vertretung aus irgendwelchen Gründen nicht einstellen können und für die auch die Uebergangsbestimmungen des Gesetzes keine Geltung haben. Von den Uebergangsbestimmungen werden *nur die* nicht prüfungsfähigen fachfremden Lehrlingszüchter in den Handwerksbetrieben berührt, die vor dem 1. Okt. 1874 geboren und mindestens seit dem 1. Okt. 1898 in ihrem Berufe tätig sind, wobei auf die Zeit vor dem 1. Okt. 1893 mindestens eine fünfjährige Tätigkeit als selbständiger Handwerker oder Werkmeister oder in ähnlicher Stellung entfallen muß.

Gewiß können es nur sehr wenige Fälle sein, wo uns der kleine Befähigungsnachweis eine Handhabe böte, gegen die Lehrlingszuchterei vorzugehen. Diese Erkenntnis darf uns aber nicht veranlassen, von diesem Vorgehen abzusehen!

Trotzdem der kleine Befähigungsnachweis die Lehrlingszuchterei nur sehr wenig erschwert, fühlt sich doch das Organ unsrer Ausbeuter, das deutsche Steindruckgewerbe, veranlaßt, über diese mögliche kleine Beeinträchtigung der Ausbeutungsfreiheit schon Zeter und Mordio zu schreien. Namentlich befürchtet das deutsche Steindruckgewerbe, daß die Lehrlingszuchterei in unserm Gewerbe eine Beeinträchtigung dadurch zukünftig erfahren könnte, daß es wegen eines Mangels an *Meistergesellen* vielen nicht geprüften Lehrlingszüchtern unmöglich gemacht werde, sich einen Vertreter zu bestellen. Um dieser Gefahr vorzubeugen, fordert das Schutzverbandsorgan die Ausbeuter auf, sich die Heranzucht von *Meistergesellen* ja recht angelegen sein zu lassen. Am Schlusse eines Artikels über die Gesellen- und Meisterprüfung

rufft nämlich das Steindruckgewerbe vom 15. August 1910 mit großem Pathos aus:

Wir können unsere Leser nur nochmals dringend bitten, ihren Lehrlingen Gelegenheit zur Ablegung der Gesellenprüfung zu geben. Das liegt im Interesse der Gehilfen sowie der Prinzipale selber. Wird dieser Frage nicht die genügende Aufmerksamkeit geschenkt, dann wird die Zahl solcher Personen, denen nach dem Gesetz die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen zusteht, derart herabgedrückt, daß für den gewerblichen Nachwuchs sowie für den einzelnen Betrieb der größte Schaden zu befürchten ist. Vorläufig befinden wir uns zwar noch in einem Uebergangsstadium, wir ersuchen aber unsere Leser nochmals, dieser Frage ja doch die größte Aufmerksamkeit zu schenken.

In wessen Interesse die Züchtung von Meistergesellen erfolgen soll, darüber läßt also unser edles Ausbeuterorgan in seinem Jammergeschrei keinen Zweifel! Welche Stellung unser Verband zu dem jetzt in Schwung kommenden Prüfungswesen der amtlichen Organe der Handwerker, der Handwerkskammern, einzunehmen hat, darüber werden sich darum die Kollegen auch bereits klar geworden sein! Damit darüber aber bei niemand ein Zweifel bleibe, soll der fachgewerbliche Wert dieser Gesellen- und Meisterprüfung noch besonders beleuchtet werden!

Jubiläums-Wohlthaten.

Die Firma Berliner Lithographisches Institut Julius Moser, Potsdamerstr. 110, beging mit der Jahreswende das Fest des 50-jährigen Bestehens. Bald darauf versandte sie einen eingehenden Bericht über die Feier und über die Ehrungen, mit denen man sie bedachte, an die Fachpresse. Auch uns wurde dieser Bericht zugestellt. Auf seinen vollständigen Abdruck müssen wir leider verzichten, da uns für Festberichte der Raum fehlt. Nur den Schluß der Zuschrift möchten wir nicht unerwähnt lassen, weil wir überzeugt sind, daß er auch unsere Kollegen interessieren wird. Dieser Schluß lautet:

Am Tage vorher schon hatten die Chefs der Firma ihre mehr als 70 Angestellten zu einer internen Feier versammelt, bei der sie Gelegenheit nahmen, ihnen für ihre treue Mitarbeit Anerkennung und Dank zu zollen. Sie brachten dies u. a. dadurch zum Ausdruck, daß sie die Verpflichtung übernahmen, nach bestimmten Dienstjahren die Angestellten an der Pensionskasse des Deutschen Privatbeamtenvereins zu beteiligen und ihnen alljährlich Urlaub zu gewähren. 8 Lithographen und Druckern konnte für mehr als 25-jährige Tätigkeit das Ehrendiplom des Papierindustrievereins überreicht werden. Der Staat hatte schon am Weihnachtsabend 3 Angestellten das allgemeine Ehrenzeichen verliehen. Die Angestellten der Firma ihrerseits dankten den Chefs für die stets gezeigte vornehme Gesinnung und das ihnen erwiesene Wohlwollen; sie überreichten als Ehrengabe eine in einer Staffelei stehende, mit den Emblemen der Kartolithographie geschmückte kostbare Ledermappe, welche zur Aufbewahrung der Jubiläumsdokumente und der besten Leistungen der Firma dienen soll. Am Abend fand ein Festessen statt, dessen Verlauf einen weiteren Beweis von der zwischen Chefs und Angestellten bestehenden Harmonie ablegte.

Diesem von den Wohlthaten, die den Angestellten aus Anlaß des Jubiläums zuteil wurden, handelnden Schlußsatz der Zuschrift der Firma geben wir gern Raum. Aber wir können es auch nicht unterlassen, einige Bemerkungen daran zu knüpfen. Die Mitteilung der Firma verbreitet sich ziemlich ausführlich über die verlichenen Diplome und allgemeinen Ehrenzeichen. Um so knapper behandelt sie die anderen schönen Dinge: Die Beteiligung am Privatbeamten-Verein und den alljährlichen Urlaub. Die Anzahl der bestimmten Dienstjahre wird nicht genannt und man erfährt auch nicht, wieviele von den Angestellten alljährlichen Urlaub erhalten. Das letztere besonders kann den Anschein erwecken, als nehmen alle bei der Firma Beschäftigten an dieser verdienten Wohlthat teil. Wir erfahren nun auf Umwegen, daß die Beteiligung am Privatbeamten-Verein staffelweise und zwar nach 10 resp. 20 Dienstjahren erfolgt und daß nur der Urlaub bekommt, der 30 (dreißig) Jahre bei der Firma gearbeitet hat. Warum reden die Herren Albers und Moser über diese Sache nicht deutlicher? Ist ihnen etwa schon klar geworden, daß diese Urlaubsbewilligung gänzlich unzulänglich ist? Es scheint fast so. Aber es ist noch Zeit, das Versäumte nachzuholen.

Auch wüßten wir noch ein anderes Mittel, den Angestellten für ihre treue Mitarbeit Anerkennung und Dank zu zollen. Nach einer Statistik, die vor nicht langer Zeit von uns aufgenommen wurde, beträgt der Durchschnittslohn der Kartolithographen Berlins 31,75 Mk. pro Woche. Uns ist nicht bekannt, daß die von Moser gezahlten Löhne diese Summe erheblich übersteigen. Nun hat jüngst der General-

stab die Gehälter seiner Lithographen wesentlich erhöht, so daß für sie das Anfangsgehalt jetzt 150 Mk. pro Monat beträgt. Man hat im Generalstab also eingesehen, daß die bisher gezahlten Gehälter ungenügend waren. Wie wäre es, wenn die Firma Julius Moser diesem Beispiel folgte? Sie würde sich dadurch am besten die treue Mitarbeit ihrer Angestellten auf weitere Jahre sichern.

Zur Aussperrung in Böhmen.

In unserem gleichnamigen Artikel in Nr. 2 der Graph. Presse haben wir auch aus dem Motivenbericht des aussperrenden Unternehmertums folgenden Satz ins rechte Licht gerückt:

Wir Drucker in Böhmen nehmen gegenüber unseren Kollegen in anderen Kronländern eine Sonderstellung ein, da wir mehr als alle anderen mit der Konkurrenz der Reichsdeutschen zu rechnen haben, und war diese Konkurrenz nie so fühlbar wie gegenwärtig. Der minimale Zollschutz, den man uns gewährt, wird durch die im Deutschen Reich eingeführten niedrigeren Löhne, durch die längere Arbeitszeit, durch die geringere Anzahl von Feiertagen, durch die niedrigeren Papierpreise und wertvolleres Hilfsmaterial weit überholt.

Im Anschluß an die Charakterisierung dieses Satzes sprachen wir die Ueberzeugung aus, daß er der österreichischen Kollegenschaft ebensowenig imponieren werde wie ähnliche Auslassungen des Unternehmertums in Deutschland der deutschen Kollegenschaft imponiert haben. Daß wir uns darin nicht täuschen, geht aus folgenden schlagenden Glossen hervor, die das Organ unseres österreichischen Bruderverbandes zu den zitierten Sätzen macht:

Wir Drucker in Böhmen usw. soll wohl richtig heißen: Wir Besitzer von Druckereien in Böhmen wollen auch weiterhin eine Sonderstellung einnehmen, da wir keine Konkurrenten haben, dafür um so mehr nach allen Richtungen Konkurrenz betreiben.

Die Herren wünschen allen Ernstes in Oesterreich eine Sonderstellung wegen der deutschen Konkurrenz einzunehmen. Wir wollen zunächst die Konkurrenz der nord- und westböhmischen Druckereibesitzer in Oesterreich sowie das Verhältnis derselben zu Deutschland kurz besprechen.

Eine größere Druckerei in Oesterreich läßt regelmäßig eine bestimmte größere Arbeit in einer nordböhmischen Druckerei herstellen, weil die Auflage nur um 12000 Kr. billiger kommt als in der eigenen Anstalt. Wieso ist dies möglich? werden sich viele Kollegen fragen. Sehr einfach! Weil die Löhne der Arbeiterschaft dort viel niedriger sind. Dazu müssen wir aber bemerken, daß diese nordböhmische Druckerei noch die besten Löhne zahlt.

Dieselbe nordböhmische Druckerei nimmt auf eigene Rechnung große Aufträge aus dem Inland und läßt sie in einer anderen Druckerei in Böhmen herstellen, weil dieselbe noch billiger arbeitet. Wie die Löhne in Nord- und Westböhmen zu den anderen Kronländern stehen, darüber gibt uns die allgemeine Lohnstatistik Auskunft. Es ist eine Ueberhebung, wenn wir behaupten, daß die Konkurrenz auf Kosten der Arbeiter betrieben wird.

Von einer Konkurrenz der reichsdeutschen Druckereibesitzer kann keine Rede sein, wie nachstehende Fälle beweisen. Wir kennen eine Reihe größerer Firmen in Nord- und Westböhmen, die für deutsche Druckereibesitzer österreichische Druckaufträge als *„Zwischenmuster“* einführen. Es werden ihnen in Rollen Feilzähle gesandt, die für die Maschine umgedruckt werden. Dadurch, daß diese Arbeiten im Inland gedruckt werden, ersparen die deutschen Druckereibesitzer den Einfuhrzoll. Gegenüber den Arbeitern jammern sie über die deutsche Konkurrenz, in Wirklichkeit unterstützen sie die Konkurrenz der deutschen gegenüber den übrigen Druckereibesitzern in Oesterreich. Wie unwahr ihr Lamento gegen die deutsche Konkurrenz ist, wollen wir an nachstehenden Tatsachen zeigen. Die Herren behaupten, ihre Konkurrenz hätte niedrige Löhne, längere Arbeitszeit, niedrige Papierpreise, weniger Feiertage und wertvolleres Hilfsmaterial usw. Wenn das alles wahr wäre, wieso sind denn dann die nord- und westböhmischen Druckereibesitzer in umstände, Druckaufträge für Deutschland, die deutsche Druckereibesitzer bestellen — und das ist ihr einziger Export — trotz Einfuhrzoll billiger herzustellen, als es in Deutschland möglich ist?

Was das angeblich schlechte Hilfsmaterial in Nord- und Westböhmen anbelangt, so wollen wir uns über diese Pauschalbeleidigung nicht aufregen, da das Urteil von Leuten kommt, die, wenn sie selbst praktisch arbeiten müßten, nirgends eine bessere Kondition bekommen würden. Wertvoll ist nur an dieser Beleidigung der Geist, wie die Herren über ihre Arbeiter denken. Hoffentlich ziehen auch unsere Kollegen die nötigen Konsequenzen.

Dieser Abfuhr aus den Reihen der österreichischen Gehilfenschaft selbst brauchen wir nicht mehr hinzuzufügen.

Daß den böhmischen Unternehmern das Feuer unter den Nägeln brennt, beweisen ihre krampfhaften Bemühungen, die durch die Aussperrung freigemachten Plätze anderweitig zu besetzen. In dieser Richtung tut sich besonders die Firma Ed. Straube in Warnsdorf und Haida in Böhmen hervor, die alle im Klmsch'en Anzeiger stellesuchenden Kollegen mit ihren Offerten bombardiert zu

haben scheint. Uns sind gleich mehrere Anschreiben der Firma zugegangen, die im Wortlaut einander gleichen wie ein Ei dem andern, so daß die Firma besser getan hätte, ihre Offertbriefe gleich vervielfältigt zu lassen. Aber jedenfalls hat ihr eben infolge des Kampfes das Personal dazu gefehlt. Um unsern Kollegen eine Freude zu machen, sei eines dieser Offertschreiben hier in seiner ganzen Schönheit zum Abdruck gebracht:

»Unter Bezugnahme auf Ihre Annonce im „Allgemeinen Anzeiger“ ersuche ich um tunlichst postwendenden Bescheid, ob Sie bereit wären, möglichst sofort Aushilfskondition in meiner Anstalt anzunehmen. Ich fühle mich verpflichtet, Ihnen mitzuteilen, daß aus Ihren jedenfalls bekannten Gründen das Personal der Steindruckereien Böhmens zum Teil im Streik steht, zum Teil ausgesperrt wurde. Ich würde also Ihre Kondition lediglich als eine Aushilfe für die Dauer des Streikes betrachten, es sei denn, daß Sie darauf Wert legen, auch nach dessen Beilegung hier zu verbleiben. In diesem Falle ließe sich ja, so bald die Frage aktiv wird, über das Weitere sprechen. Die Aushilfe wird sich nur auf eine geringe Zahl von Gehilfen beschränken und ich ersuche Sie für den Fall, als Sie Interesse an meinem Angebot haben, um postwendende Mitteilung Ihrer Lohnansprüche. Achtungsvoll (Unterschrift unleserlich).«

Kommentar zu dieser jammerlichen Betteile der Firma, ihr aus der Patsche zu helfen, dürfte sich erübrigen. Zu bemerken wäre nur, daß die Firma schon damit rechnet, angeworbene Streikbrecher nach beendetem Kampfe nicht behalten zu können, sondern zu ihrer Entlassung gezwungen zu sein. Wer also Lust hat, einige Zeit eine schöne Lebensstellung zu erwerben, während die böhmische Kollegenschaft für die Hebung ihrer Lage im Kampfe steht, der möge sich durch die Sympathien der Firma Strache in böhmen betören lassen. Unter der organisierten Kollegenschaft Deutschlands wird sie aber schwerlich derartige charakterlose Verräter an sich selbst und an der kämpfenden Gehilfenschaft finden.

Von Interesse dürfte noch sein, daß diese krampfhafte Suche von »Aushilfskräften« stattfindet, trotzdem die Briefbogen der Firma ausdrücklich folgenden rotgedruckten Vermerk tragen:

»Streiks und Aussperrungen werden als höhere Gewalt (force majeure) betrachtet und entbinden die Firma während des Andauerns dieser höheren Gewalt von den eingegangenen Lieferungs- und sonstigen Verpflichtungen gegenüber allen Kontrahenten der Firma. Nach Beseitigung dieser Hindernisse steht der Firma eine der Dauer des Hindernisses auf Tag und Stunde gleiche Nachfrist zu. Entschädigungen, Pönalen, Konventionalstrafen und sonstige Ersatzansprüche können auf Grund eines Verzuges infolge von Streiks u. Aussperrungen von der Firma nicht beansprucht werden.«

Trotz dieser vorsichtigen Sicherungsmaßnahme also die jammerlichen Offertbriefe! Das läßt jedenfalls tief blicken. Für die Gehilfenschaft ist es ein Zeichen, wie schlecht es um die Unternehmung steht, so daß also bald auf einen erfolgreichen Ausgang des Kampfes zu rechnen ist.

Brief aus Cincinnati.

Von der Leipziger Verwaltung wurde uns der Brief eines deutschen Kollegen, der in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres nach Amerika ausgewandert, zur Verfügung gestellt. Das Schreiben bestätigt und unterstreicht die Warnungen, die in bezug auf die Auswanderung nach Amerika und die daran geknüpften übertriebenen Hoffnungen vieler Kollegen in der »Graph. Presse« bereits mehrfach veröffentlicht wurden. Soweit der Brief für die Allgemeinheit von Interesse ist, sei er hier mitgeteilt:

Die Seereise, bei der ich noch 4 Kollegen entdeckte, die gleich mir in Amerika ihr Fortkommen zu finden hofften, war das allerchönste bis jetzt. Die amerikanischen Kollegen scheinen bisweilen die ankommenden Deutschen als Kontraktarbeiter zu denunzieren. So wurden auch meine vier Reisegefährten nach Ellis Island transportiert; ich kam durch einen Zufall unbenötigt durch. Von Kollegen Goldschmidt, dem Vorsitzenden des Klubs deutschsprechender Kollegen, wurden sie nach 14 Tagen abgeholt. Nach der Ankunft sucht man die Union auf. Das angenehme Gefühl kann sich jeder selbst vorstellen, wenn man in 5 Minuten wieder unten ist, um 13 Mark Eintrittsgeld leichter, aber ohne Aussicht auf Stellung. Dabei stand damals noch in den »Leipz. Neuest. Nachr.« das rätselhafte Inserat: »Lithographen nach den Vereinigten Staaten gesucht...« Wahrscheinlich hatten sich die amerikanischen Unternehmer vom Zoll mehr versprochen. Nach 3 Wochen machte mir ein Bekannter Aussicht auf eine Stellung in Cincinnati. In dem großen Lande gilt es mit einigen Tagen Bahnfahrt verbundener Stellungswechsel für nichts. Die Firma ging nicht einmal darauf ein, einen bestimmten Lohn auszumachen; wenn ich nicht geschwitzt hätte wie bei einem Leipziger Privatlithographen, so hätte ich einfach andern Tags wieder gehen dürfen. Ist lithographische Arbeit nicht gleich zur Hand, so kann man nach Hause gehen. Daher kommt es, daß Lithographen fortwährend in anderen Anstalten um Hausarbeit nachsuchen. In Chromo und Merkantill wird viel geleistet, von den wirklich großartigen amerikanischen Wandplakaten ganz abgesehen, was

auf die weitgehende Arbeitsteilung zurückzuführen ist. Englische Schrift zu gravieren gilt als einfache Arbeit. Merkantilarbeiten werden nämlich alle rechts graviert, weil sie auf der Offsetpresse gedruckt werden. Von Vorteil ist, daß Gravursteine nur geätzt werden (Oxalsäure), so daß die Hand nicht so schnell ermüdet. Die Löhne gehen jetzt leider andauernd zurück. An die in den lügenhaften Inseraten der deutschen bürgerlichen Zeitungen versprochenen Löhne wagt man nicht annähernd zu denken, trotzdem die Einwandernden tatsächlich fast nur gute Kräfte sind. Die Verhältnisse der Steindrucker sind durch die Art ihrer Beschäftigung etwas stabiler. Hier drücken nur die eingewanderten Oesterreicher und Ungarn auf die Löhne. (Die Red.) Von den Kosten der Lebenshaltung gewährt die Tatsache einen Begriff, daß ein einfach möbliertes Zimmer ohne Frühstück 2-3 Dollar wöchentlich kostet. Kürzlich schrieb mir ein Kollege, der mit mir in New York angekommen war, aber nicht aus New York oder Milwaukee, sondern aus — Berlin; er ist froh, für 700 Mark einige Wolkenkratzer gesehen zu haben. Die Union für den Rückgang der Verhältnisse verantwortlich zu machen ist Unsinn. Die Einwanderung kann sie nicht beeinflussen. . . . W. St.

Ortsberichte.

Coburg. In dem Städtchen, das den Mohrenkopf im Wappen führt, ist auch mancher Mohr, der seine Arbeit getan und also gehen kann. Mit dem hochklingenden Namen Graphische Werke firmiert hier eine alte Firma, die ihre neueren Schnellpressen anderweitig an den Mann bringt und von den Maschinenmeistern in Stein- und Lichtdruck auch auf den älteren Kalibern gute Arbeit verlangt. Diese Firma hat in der keramischen Abteilung einen Leiter, der zwar — aus Versehen natürlich nur! — eine Thüringer Kartoffelpresse mit einer Kopierpresse verwechselt haben soll, aber sonst so viel leistet, daß die Kollegen darunter leiden. Alles versteht dieser Mann und wo er früher wirkte, soll er sogar während einer Bewegung noch mehr gekonnt haben. Ueber einen sehr tüchtigen Maschinenmeister, dessen Maschine aber auch anderweitig »verkopft« wurde, soll sich dieser Leiter sehr mißliebig ausgesprochen haben, aber besonders erst als unser Kollege den Kunsttempel verlassen hatte. Wenn man vielleicht auch glaubt, dadurch in besonderer Gunst mit seiner »Kunst« zu stehen, so kann doch ein einziger Augenblick alles umgestalten, und in dem freundlichen Mohrenkopfstädtchen wird es auch in diesem Falle eher oder später einmal heißen: »Der Mohr hat seine Arbeit getan, der Mohr kann gehen.«

Hamburg. Triumphierend verkündet das Organ des Schutzverbandes in seiner Nr. 1 am Schlusse einer längeren Abhandlung über die Bewegungen in Hamburg und Lübeck, daß nunmehr die größten Firmen der 3 Hansestädte dem Schutzverbande angehören. Schon bei den Verhandlungen über die Forderungen der Hamburger Kollegen stellte der Vertreter des Schutzverbandes die Behauptung auf, die große Mehrzahl der Hamburger Firmen gehöre dem Schutzverband an, und nachdem die Unrichtigkeit dieser Behauptung nachgewiesen war, erklärte derselbe Herr, es komme nicht auf die Mehrzahl der Firmen, sondern der bei diesen beschäftigten Gehilfen an. Aber auch diese Rechnung stimmt nicht. Da nun am Kopf derselben Nummer die eingetretenen Firmen namentlich aufgeführt werden, anscheinend um der staunenden Welt den großen Fischzug zu verkünden, den der Schutzverband hier gemacht hat, so wollen wir uns etwas ausführlicher hierzu äußern. Zunächst möchten wir bemerken, daß sich nur ein Teil der größeren Firmen dem Schutzverbande angeschlossen hat; d. h., wenn man unter große Firmen auch solche versteht, die mehr als fünf Gehilfen beschäftigen, sind es deren 9. Alle übrigen Firmen, die sich dem Schutzverbande verschrieben haben, beschäftigen 5 und weniger Gehilfen, darunter sind eine Firma mit keinem, sieben Firmen mit je einem, fünf mit je zwei, drei mit je drei Gehilfen; zusammen beschäftigen die 28 Schutzverbands-Firmen 161 Gehilfen. Der Schutzverband scheint schon ziemlich im Ansehen gesunken zu sein, wenn schon solche Reklame-Aufnahmen gemacht werden. Denn einen anderen Zweck kann doch die Aufnahme dieser Firmen nicht haben, als den, daß am Jahreschluß den Wankelmütigen gezeigt werden kann: wir haben so und so viele Neuaufnahmen zu verzeichnen. Mit der Behauptung des Herrn Dr. Wagner, daß die Mehrzahl der Hamburger Gehilfen in Schutzverbands-Firmen arbeite, ist es auch nichts; denn wenn von 460 Beschäftigten 161 in Schutzverbands-Firmen beschäftigt sind, so sind das nur etwas mehr wie ein Drittel. Wenn weiter geschrieben wird, daß die drohenden Differenzen in Hamburg durch Regulierung der Lohnfrage beseitigt seien, so trifft dies nicht zu, da noch verschiedene Firmen vorhanden sind, die glauben, die geforderten Mindestlöhne umgehen zu können. Sollten diese Firmen es nicht vorziehen, unseren Forderungen entgegen zu kommen, so werden wir nicht davor zurückschrecken, mit diesen noch ein ernstes Wörtchen zu reden.

Heilbronn. Die am 14. Januar abgehaltene Generalversammlung hätte der wichtigen Tagesordnung wegen besser besucht werden müssen, ein Zustand, der im neuen Geschäftsjahre besser werden muß. Es ist ein trauriges Zeichen, wenn immer

nur knapp die Hälfte der Kollegen anwesend ist. Besonders die jüngeren Kollegen, denen man hier manche Vorteile geschaffen hat, sollten nicht so gleichgültig und interessellos unserer Gewerkschaft gegenüberstehen. Hoffen wir, daß es nun besser werden möge. Der Jahresbericht des Kassierers und des Voritzenden wurde mit Beifall aufgenommen. Er zeigte, daß die Verwaltung ihre mühevollen Arbeit prompt erledigt hat. Leider waren einige Austritte jüngerer Kollegen zu verzeichnen; doch wir hoffen, diese im neuen Jahre wieder zurück zu gewinnen. Auch mit einigen Kollegen, die gegen unsere Vereinbarungen verstoßen hatten, mußte man sich des öfteren befassen, leider immer vergebens, so daß das Ausschlußverfahren gegen sie beim Hauptvorstand beantragt werden mußte. Die Neuwahlen brachten einige Veränderungen. Die Kollegen seien nochmals aufgefordert, mehr wie bisher für unseren Verband zu werben und die Versammlungen zu besuchen. Der neugewählte Ausschuß wird bemüht sein, die Tagesordnung immer interessant zu gestalten.

Lübeck. Die seinerzeit mitgeteilte Bewegung der Lithographen und Steindrucker in Lübeck ist nunmehr zum Abschluß gekommen. Nachdem verschiedene örtliche Verhandlungen ohne ein befriedigendes Resultat verlaufen waren, reichten die Kollegen der Firma Hermborg am 17. Dezember die Kündigung ein. Auf Anregung des Schutzverbandes fanden dann am 22. Dezember Verhandlungen in Berlin statt, die zu einer Einigung führten und den Lübecker Kollegen wesentliche materielle Erfolge brachten. Mit dem dem Schutzverband nicht angehörenden Firma Fr. Evers & Co. war gleich zu Anfang der Bewegung ein Tarif auf 2 Jahre abgeschlossen. Dieser brachte den dort beschäftigten 18 Steindruckern eine Arbeitszeitverkürzung von 9 auf 8 1/2 Stunden. Ferner hat die Firma folgende Mindestlohnsätze anerkannt: im ersten Jahr nach der Lehre 24, im zweiten 27 und im dritten 30 Mark; dadurch erhielten 16 Kollegen zusammen 27,50 Mk. Zulage. In den übrigen 6 Firmen, von denen die drei größten dem Schutzverbande angehören, wurden an 53 Kollegen 102 Mk. Zulagen gewährt. Der Durchschnittslohn ist um rund 2 Mk. gestiegen und beträgt jetzt 2993 Mk. Haben wir bei dieser Bewegung auch nicht alles erreicht, so ist der materielle Erfolg doch um so höher zu bewerten, da mit den niederen Löhnen vollständig aufgeräumt ist. Trotz Schutzverband werden wir aber nicht absehen, unsere übrigen Forderungen zu geeigneter Zeit wieder zu präsentieren, vor allem die Verkürzung der Arbeitszeit für Steindrucker. Inzwischen können sich ja die Herren Unternehmer, ob Mitglied des Schutzverbandes oder nicht, mit dem Gedanken der Arbeitszeitverkürzung für Steindrucker vertraut machen, denn aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Niedersedlitz. Anfang Dezember vor Jahresreichten die Schriftlithographen und Steindrucker der Firma Kunstzucht nachstehende Forderung bei der Geschäftsleitung ein: Eine 10prozentige Erhöhung für Löhne bis zu 30 Mk., eine 5prozentige Erhöhung für Löhne über 30 Mk. sowie Ferienbewilligung und Wegfall des Emarbeitens der sonntäglichen Arbeitszeit. Dabei wurde hervorgehoben, daß trotz der allgemeinen Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter seit Jahren keine Zulagen erfolgt. Zwei Verhandlungen fanden statt, die jedoch ergebnislos waren. Die Firma erklärte, sie sei nicht in der Lage, etwas bewilligen zu können. Darauf reichten 31 Kollegen die Kündigung ein. Da die Firma auch während der Kündigungszeit kein Entgegenkommen zeigte, waren die Kollegen gezwungen, am 28. Dezember v. J. in den Ausstand zu treten. Die hier in Frage kommenden Kollegen sind alles langjährige Arbeiter, die 5 bis 13 Jahre schon im Geschäft tätig sind. Auf Veranlassung des Schutzverbandes fand am 2. Januar wieder eine Verhandlung statt, in welcher ja von der Firma Zugeständnisse gemacht wurden. Da man aber die Hauptforderung, die niedrigsten Löhne genügend aufzubessern, nicht erfüllte, konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Der Streik dauert daher unverändert fort.



Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler. Redigiert von Fr. Schnotter, Hannover.

Die Chromolithographie.

Die großartige Entwicklung der Technik, die sich seit einiger Zeit auf dem Gebiete des Stein-, Zink- und Aluminiumdruckes bemerkbar macht, hatte uns veranlaßt, in den Nummern 25, 28, 29 und 30 der Graphischen Presse vom vorigen Jahre Betrachtungen darüber anzustellen, welche Veränderungen durch die jüngsten Neuerungen in der Technik des lithographischen Drucks, besonders durch den Bau der Gummidruck-Rotationspresse in unsern Berufs-Verhältnissen wohl eintreten könnten. Diese Betrachtungen führten uns zu dem Schluß, daß es wohl möglich, ja sogar sehr wahrscheinlich sei, daß der

neue technische Aufschwung in der Lithographie auch einen wirtschaftlichen nach sich ziehe. Selbstverständlich stand es dabei für uns außer allen Zweifeln, daß in der Lithographie ein wirtschaftlicher Aufschwung als Folge der günstigen Entwicklung der Technik nur sehr langsam einsetzen könnte. Diese Erkenntnis konnte uns aber nicht davon abhalten, den Lithographen, besonders den Merkantillithographen in unsern weiteren Ausführungen Anweisungen zu geben, wie sie sich zu verhalten hätten, wenn sie wünschten, daß auch ihnen die in Aussicht stehenden wirtschaftlichen Vorteile des Fortschrittes in der Technik zugute kommen sollten.

Diese Betrachtungen über die jüngsten technischen Errungenschaften in unserm Berufe wollen wir jetzt wieder aufnehmen und fortsetzen. Wir wollen nun hauptsächlich untersuchen, welche Bedeutung die Vervollkommnung der lithographischen Drucktechnik für die Chromolithographen hat.

Ehe wir zu der Behandlung dieser Frage übergehen, wollen wir auf alle die Einwendungen eingehen, die von verschiedenen Seiten gegenüber den Schlüssen unserer damaligen Betrachtungen gemacht worden sind. Es ist dies sehr notwendig, weil sonst die Gefahr vorhanden wäre, daß bei vielen Kollegen eine ganz falsche Beurteilung dieser Angelegenheit Platz griffe.

Unser Ansicht, daß durch die Ausnutzung des Prinzips des Rotationsdruckes für unser Gewerbe eine neue Aera anbreche und sich sein Arbeitsgebiet wieder mehr ausdehne, teils durch Belebung seines natürlichen Wachstums und teils durch Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit des Buchdruckgewerbes, wird von verschiedenen Seiten mehr oder weniger widersprochen. Man führt, um unsre Auffassung in dieser Sache zu widerlegen, gar vieles ins Feld. So sollen zum Beispiel schon der Konservatismus der deutschen Unternehmer und die geringe Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes hinderlich sein, daß sich die Gummidruck-Rotationspresse in unserm Berufe bald einbürgere. Weiter wurde noch geltend gemacht, daß auch die höheren Löhne, die die Drucker an der Rotationspresse forderten, die Unternehmer abschreckten, sich diese Maschine nutzbar zu machen. Sogar das Gespenst der Senkung der Profitrate führte man zur Begründung seiner gegenteiligen Meinung ins Treffen. Und schließlich glaubte man unsere Aufstellung, daß durch die Einführung der Gummidruck-Rotationspresse die Wettbewerbsfähigkeit der Lithographie den andern graphischen Fächern gegenüber gesteigert werde, überhaupt damit ganz und gar abtun zu können, daß man anführe, daß sich auch der Buchdruck diese neue Presse dienlich machen könne. Zu guter Letzt wurde uns gar der ungeheuerliche Vorwurf gemacht, daß wir durch unsere Ausführungen bei den Kollegen nur falsche Illusionen über die Zukunft unsers Gewerbes geweckt hätten, wodurch sie nicht zur Verwehru ihrer »gewerkschaftlichen Eifers«, sondern gerade zum Gegenteil erzogen würden.

Aber trotz allen diesen Einwendungen beharren wir bei unsrer Auffassung, da diese Einwendungen sämtlich mehr oder weniger von irrtümlichen Auffassungen ausgehen, in technischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht. Man kann wohl darüber streiten, in welchem Zeitmaß und Umfang der wirtschaftliche Aufschwung einsetze, der durch die Ausnutzung des Prinzips des Rotationsdruckes in der Lithographie zu erwarten ist, aber jede Möglichkeit eines solchen Aufschwunges ganz und gar leugnen,

das kann man bei einer richtigen Erwägung der einzelnen Tatsachen denn doch nicht gut!

Zunächst wollen wir auf die Geschichte vom konservativen deutschen Unternehmer eingehen, die so oft erzählt wird. Die Meinung, daß sich der deutsche Unternehmer oft nur aus reinem Konservatismus der Einführung technischer Neuerungen widersetze, ist irrig; sie ist nicht nur irrig, sondern auch unwissenschaftlich, sie ist ein Ausfluß der Lehre der bürgerlichen Oekonomie. Wer sich aber die wirtschaftlichen Geschehnisse durch die Anwendung des historischen Materialismus zu erklären sucht, der kommt in der Beurteilung des Verhaltens des deutschen Unternehmers zu einem ganz andern Schluß und zwar zu dem Schluß, daß der deutsche Unternehmer weder rückständiger noch fortschrittlicher ist als sein Genosse einer andern Nation.

Ob sich eine technische Neuerung in einem Gewerbezweig schnell oder langsam einbürgere, das hängt eben nicht ab von der Denkweise des Unternehmers, sondern von andern, von äußeren Umständen. Nur allein die wirtschaftlichen Verhältnisse sind dafür bestimmend, wie sich eine technische Neuerung in einem Gewerbe durchsetzt! Wenn sich der amerikanische Steindruckereibesitzer schon eher als sein deutscher Konkurrent dem Rotationsdruck zugewendet hat, so haben ihn eben dazu die wirtschaftlichen Verhältnisse geradezu gezwungen. Diese Tatsache werden wir auch begründen, und bei dieser Begründung wird sich auch gleichzeitig das Gerüde erledigen, daß höhere Löhne der Einführung technischer Neuerungen hinderlich wären. Bisher ist es gerade umgekehrt gewesen, es ist so gewesen, daß niedrige Löhne immer ein Hindernis waren für die Einführung neuer Maschinen. Und die niedrigen Löhne der deutschen Steindruckerei haben auch bisher den deutschen Steindruckunternehmer mit abgehalten, es seinen amerikanischen Konkurrenten gleich zu tun.

Aus den Sektionen.

Leipzig. Am 20 Januar entschied sich eine von 450 Lithographen besuchte Versammlung für den Ausstand in den Privatbetrieben, die die Vereinbarung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht anerkennen. Die Kündigung wurde darauf am 21. Januar eingereicht bezw. die Arbeit niedergelegt. So weit sich bis jetzt übersehen läßt, haben sich auch die Unorganisierten geschlossen der Bewegung angeschlossen. In 26 Werkstätten der Privatlithographen sind die Lohnverhältnisse geregelt, wodurch eine ganze Anzahl Arbeiter nicht an dem Konflikt beteiligt ist. Immerhin mußten noch 70 Werkstätten der Privatlithographen gesperrt oder bestreikt werden. Da in Leipzig Arbeit für die halbe Welt gemacht wird, werden die Lithographen aufgefordert, Leipziger Arbeiten nur nach genauester Erkundigung bei der Organisation als einwandfrei zu behandeln. Da weiterhin noch nicht zu ermesen ist, welche Kreise die Bewegung ziehen wird, muß Leipzig bis zur Beendigung der Bewegung gemieden werden.

Lübeck. Die Karnevalszeit wirft ihre Schatten voraus. Am 13. Januar des Morgens kurz vor 8 1/2 Uhr erschien der Inhaber der hiesigen Buch- und Steindruckerei Rathgens in der Lithographie und verlangte von den Lithographen, sie sollten die Vorhänge aufziehen und das Licht ausmachen. Es wäre hellicher Tag! Jeder gerecht denkende Mensch wird aber zugeben müssen, daß es zu dieser Jahreszeit unmöglich ist, des Morgens 8 1/2 Uhr ohne Lampenlicht zu lithographieren, und sei der Arbeitsraum auch noch so lichtgünstig angelegt. Aber trotz dieser Selbstverständlichkeit stellte dieser Unternehmer an seine Lithographen ein solches unerfüllbares Verlangen. Als ein Kollege auf die Frage,

ob er sehen könne, eine verneinende Antwort gab, wurde ihm von dem Unternehmer gesagt, daß er Leute, die nicht sehen könnten, nicht gebrauchen könnte. Der bedauernden Erwidern des Kollegen folgte prompt die Kündigung. Beim zweiten Kollegen wiederholte sich derselbe Vorgang. Und da aller guten Dinge von jeher drei waren, mußte auch der dritte Kollege daran glauben, so daß nun alle beschäftigten Kollegen diese gastliche Stätte verlassen müssen. Welche Gründe diesen Unternehmer zu einem derartigen Vorgehen bestimmt haben, darüber herrscht noch Dunkelheit. Vor längerer Zeit wurde allerdings gemunkelt, die Firma wollte ihre Lithographie aufgeben. Wäre dieses der Fall, dann hätte die betreffende Firma ihre Lithographen in einer anständigeren und höflicheren Art verabschieden sollen und nicht in dieser Weise. Die Abgeschobenen werden das gastliche Haus dieses Unternehmers gewiß sehr lange in Erinnerung behalten!

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktionsphotographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

Aus den Sektionen.

Berlin (Lichtdr.). Gegen 170 Kollegen erschienen am 17. Januar in der Versammlung, um die Antwort der Prinzipale auf unsre Tarifforderung entgegenzunehmen. Mit Spannung erwarteten sie das Verlesen des Prinzipalsschreibens, immer noch in der Erwartung, daß die Chefs wegen dieser geringen Forderung einen Streit nicht anzetteln würden. Aber sie hatten sich getäuscht. Zur Information der deutschen Kollegschaft geben wir das Schreiben der Öffentlichkeit preis: »Mit Rücksicht auf die außerordentliche Tragweite des uns mit Ihrem Schreiben vom 3. Januar 1911 vorgelegten Vertrags sind die unterzeichneten Berliner Firmen nicht in der Lage, innerhalb der erbetenen Zeit den gewünschten Bescheid zu erteilen. Unsere Antwort wird bis zum Ende dieses Monats erfolgen. Hochachtungsvoll Stange & Wagner, Prager, Hadorf & Co., Högelein & Schwabe, Neumann, Mangold, Graphische Gesellschaft, Oebr. Deyhle, Wagner, Stern & Schiele, Willfried Deyhle, Albert Frisch.« Nachdem die Prinzipale seit nunmehr 15 Monaten über unsere Forderungen unterrichtet sind, mußte naturgemäß eine derartige Antwort die größte Enttäuschung auslösen und auch dem lauesten Kollegen wurde klar, daß es die Unternehmer, aufgehetzt von den Vätern der neuen Prinzipalsorganisation, zum Aeußersten kommen lassen wollen. Bei der Abstimmung trat denn auch zutage, wie die Stimmung unter den Berliner Lichtdruckern ist. Von 168 Kollegen stimmten 163 für Einreichung der Kündigungen, 1 mit nein, 4 gaben weiße Zettel ab. Die Einreichung der Kündigung ist inzwischen erfolgt. Von der Festigkeit und Einigkeit der am Kampf beteiligten Kollegen und der moralischen Unterstützung durch die deutsche Kollegschaft wird es abhängen, daß dieser Streit in möglichst kurzer Zeit zu unsern Gunsten entschieden und damit den Gelüsten der »Verreinigung der Lichtdruckprinzipale Deutschlands« auf Verschlechterung unsrer Lage ein Damm entgegengesetzt wird.

Feuilleton.

Vom Büchertisch.

Arbeiter-Jugend. Organ für die geistigen und wirtschaftlichen Interessen der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen. 3. Jahrg, Nr. 1. Verlag: Fr. Ebert (Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands). Preis pro Heft (16 Seiten 4^c) 10 Pf., Vierteljahrespreis 50 Pf.

Stellenangebote

Maschinen-Retuscheur
flotte, erstklassige Kraft, in dauernde Stellung gesucht. [2,10]
Wilhelm Langenbruch, G.m.b.H., Berlin, Michaelkirchstraße 17

Gesucht per sofort, tüchtiger
Posit.-Retuscheur
für Maschinenretusche
Brunotte & Keese, Düsseldorf.

Nachschneider
für Strich und Autotypie sofort gesucht.
Richard Labisch & Eisler, Hamburg, Barkhof. [1,80]

Ia. Positivretuscheur

für Maschinenretusche sowie noch einige weitere tüchtige
Farbätzer
per sofort gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen, Zeugnisabschriften und Proben erbeten an [3,30]
Gustav Dreher, Stuttgart.

Ia. Auto-Aetzer

speziell für Maschinen gesucht. [1,50]
Albert Wolf, Mannheim.

Kartolithographen

tüchtige, sowie jüngere für Situations- und Schriftrajur werden gesucht. [2,40]
Magyar Földrajzi Intézet, R. T., Budapest.

Verschiedenes


Einstell-Vorrichtung
Lufikus AR
Die besten Spritzapparate liefert
Leipziger Tangler-Manier, Alexander Grube, Leipzig 4, Talstr.

Maisel Verfahren D. R. Patent

Verfahren zur Vereinigung mehrerer lith. Farbendruckplatten in eine Druckplatte. Arbeitsmethode gegen Einsendung 1,- Mk. fr. Lizenz billigst.
Ernst Maisel, Fürth i. Bayern.

Gelegenheitskauf

Graph. Neuheiten (S. 1 u. II) neu 100 M. f. 35 M. Figurale Malereien f. 30 M. beide Werke sind komplett und wie neu erhalten.
Hamburg, Rossberg 43 IV.
1,65 **„Matt-Lack“.**
Bestes, billigstes Farbenzusatzmittel gegen Kleben, Hart- und Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen der Farbe, Spitzwerden der Zeichnung. Kein Kleben in der Prägepresse. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,- gegen Nachnahme.
F. Hantke, Maschinenmeister, Hamburg 22, Wohldorferstr. 60.

Verbandsnachrichten

Achtung! Augsburg!
Die Herberge für Durchreisende befindet sich ab 1. Januar d. J. im Gewerkschaftshaus (früher Brauerei Blumenschein) Unteres Kreuz P. 313.